

Antworten auf die Wahlprüfsteine für die Familienbetriebe Land und Forst e.V. anlässlich der Europawahl 2024



Frage 1: Kein europäischer Vertrag war länger in Kraft als der Vertrag von Lissabon. Zu lange? Was muss sich ändern, um die Europäische Union fit zu machen für eine rauere Welt mit Kriegen und wirtschaftlichem Konkurrenzdruck? Können neue Mitglieder frische Impulse bringen?

Ja, die EU-Erweiterung ist eine Erfolgsgeschichte und liegt in unserem Interesse. Sie stärkt Sicherheit, Stabilität und Wohlstand. Wir wollen den Beitrittsprozess mit sichtbaren Zwischenschritten gestalten und positive Anreize anerkennen, bei Rückschritten sollten Vorteile wieder wegfallen. Erweiterung und Reform müssen Hand in Hand gehen, denn gerade angesichts globaler Unsicherheiten und Spannungen brauchen wir eine starke, handlungsfähige EU. Deshalb wollen wir die aktuellen EU-Verträge reformieren. Wir wollen die Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen, wo bisher Einstimmigkeit zwischen den Regierungen im Rat erforderlich ist, und zu oft nationale Vetos die EU blockieren, etwa bei der Außenpolitik oder beim EU-Haushalt. Das Rechtsstaats-Sanktionsverfahren nach Artikel 7 soll wieder nutzbar gemacht werden, indem die Mitgliedstaaten im Europäischen Rat mit qualifizierter Mehrheit abstimmen. Das Parlament soll dem Rat gesetzgeberisch gleichgestellt sein mit eigenem Initiativrecht für EU-Gesetze. Das Parlament sollte aus den Reihen der Spitzenkandidat*innen eine Kommissionspräsident*in nominieren, die vom Rat nur noch bestätigt werden muss. Für all das wollen wir zeitnah einen Konvent unter Einbeziehung der EU-Bürger*innen einberufen.

Frage 2: Der EU Green Deal war das Man-on-the-Moon-Projekt von Ursula von der Leyen für die Legislaturperiode seit 2019. Kriege, wirtschaftliche Verwerfungen und die Sorge um den Wirtschaftsstandort Europa sind seitdem zu drängenden Themen geworden. Was muss das Leitmotiv der kommenden Legislatur werden?

Der Green Deal ist noch nicht fertig. Der Weg zum ersten klimaneutralen Kontinent ist ein Marathon über die nächsten Jahrzehnte und kein Sprint für eine Legislaturperiode. Vor allem unter den veränderten geopolitischen Umständen wird er von höchster Bedeutung sein. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien und die Etablierung von Waren- und Rohstoffkreisläufen machen uns unabhängiger von Autokratien in der Welt. Die wachsenden Spannungen in der Welt, soziale Ungerechtigkeit, der technologische Wandel und die Klimakrise als Katalysator all dessen stellen unsere Gesellschaft, stellen Wirtschaft und Politik in Europa vor neue Herausforderungen. Europa muss mehr tun, als den bestehenden Wohlstand bloß zu erhalten. Die alte, fossile Infrastruktur muss überall erneuert werden. Wenn wir stärker zusammenrücken und Synergien nutzen, schaffen wir mit einer nachhaltigen Infrastrukturunion neue Arbeitsplätze, soziale Sicherheit und Zusammenhalt und bewahren unsere natürlichen Lebensgrundlagen.

Frage 3: Die Sicherung der europäischen Außengrenzen ist zu einer Herausforderung geworden. Fluchtbedingte Migrationsströme verlangen Abwägungen zwischen Grenzschutz und humanitärer Hilfe. Wie können Lösungen aussehen? Und braucht es zur Friedenssicherung für Europa eine eigene europäische Armee?

Das Chaos an den Außengrenzen entsteht vor allem durch illegale Zurückweisungen statt rechtsstaatlicher Registrierung. Wir setzen uns dafür ein, dass Geflüchtete direkt an den Außengrenzen registriert und versorgt werden und eine gerechte Verteilung in Europa stattfindet. Menschenrechte müssen auch an den Außengrenzen geschützt werden. Asyl- und Migration sind eine europäische Gemeinschaftsaufgabe. Das Asylrecht bedeutet im Kern

nicht, dass alle Geflüchteten bleiben können, sondern dass alle Asylsuchenden ein rechtsstaatliches Verfahren bekommen. Dafür setzen wir uns ein.

Unser Ziel ist, dass Menschen sich gar nicht erst auf den Weg machen müssen. Daher wollen wir, beispielsweise durch internationale Zusammenarbeit, Fluchtursachen bekämpfen. Mit dem Abschluss von partnerschaftlichen Migrationsabkommen wollen wir Migration besser ordnen. Die EU-Staaten sollten in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik enger zusammenarbeiten. So können wir unsere Verteidigung besser, kosteneffektiver und wirksamer sicherstellen - gerade auch als Teil der NATO. Beispielsweise setzen wir uns ein für die gemeinsame Entwicklung und Beschaffung von Rüstungsgütern, eine engere Zusammenarbeit der Streitkräfte sowie mehr Koordination und Informationsaustausch in der EU durch die Gründung einer europäischen Nachrichtendienstagentur.

Frage 4: Der Binnenmarkt ist das Herzstück der europäischen Integration. Ein wichtiges Instrument zur Sicherung des gleichen Wettbewerbs ist das Beihilferecht. Dieses behindert aber auch auf mitgliedstaatliche Förderprogramme, gerade im Bereich Klimaschutz und Klimawandelanpassung. Was lässt sich ändern?

Der EU-Binnenmarkt ist zentral für den Wohlstand der Bevölkerung der EU und hilft, Wettbewerbsverzerrungen entgegenzuwirken. Er ist auch ein zentraler Hebel, die klimaneutrale Modernisierung unserer Wirtschaft voranzubringen. Im Binnenmarkt hat sich jedoch ein mitgliedstaatlicher Förderdschungel entwickelt, der es Unternehmen sehr schwer macht, schnell und unbürokratisch an die bereitstehenden Mittel zu kommen. Das ist ein entscheidender Wettbewerbsnachteil - etwa im Vergleich zu den USA. Wir treten für eine kohärente Wirtschaftspolitik ein, bei der auch Förderpolitik und Beihilferecht Hand in Hand gehen. Gerade für die grünen Zukunftstechnologien und Förderprogramme im Bereich Klimaschutz muss die EU-Kommission einen dauerhaften neuen Beihilferahmen schaffen. Dazu gehören Planungssicherheit bei Beihilfeverfahren, Ausnahmen für die Unterstützung von neuen Produktionsanlagen in Zukunftstechnologien und bei der Umstellung von Produktionsprozessen auf klimaneutrale Kreislaufwirtschaft.

Frage 5: Der EU Green Deal hat in der Breite der europäischen Wirtschaft die Produktionsstandards angehoben, auch für die Land- und Forstwirtschaft. Wie soll verhindert werden, dass es damit zu Wettbewerbsnachteilen kommt? Welche Möglichkeiten bieten Handelsabkommen und Außenwirtschaftsrecht?

Europas Sozial-, Umwelt- und Verbraucherstandards machen den größten Binnenmarkt so attraktiv und entfalten weltweit Gestaltungsmacht. Es ist Aufgabe der EU, ihren Einfluss zu nutzen, um durch Handelspolitik weltweit Standards für soziale und ökologische Ziele zu setzen und Wertschöpfung zu fördern. Um fairen Wettbewerb zwischen unserer heimischen Wirtschaft und Importen zu garantieren, müssen auf dem Binnenmarkt die gleichen Standards für alle Unternehmen gelten. Daher setzen wir uns für hohe Umwelt- und Sozialstandards in allen Handelsabkommen ein. Auch das EU-Gesetz für entwaldungsfreie Lieferketten und das EU-Lieferkettengesetz tragen zu globaler Wettbewerbsgleichheit bei. Schließlich muss sichergestellt werden, dass Zoll und Marktüberwachung ausreichend Ressourcen erhalten. Auf diese Weise schützen wir unsere Standards und Wirtschaft vor einem Unterbietungswettbewerb und fördern unsere Werte und Interessen.

Frage 6: Der EU Green Deal ist eine Herausforderung für die Land- und Forstwirtschaft. Was kommt noch auf die Betriebe zu? Kann die Weiterentwicklung der GAP für die Zeit nach 2030 Entlastungen bringen? Wie kann eine europäische Energieversorgung aussehen, die Umweltschutz und niedrige Preise verbindet?

Die GAP und die bislang verankerte Flächenförderung über Direktzahlungen bevorzugen nach wie vor diejenigen Betriebe, die mit möglichst viel Fläche intensiv produzieren. Kleine und mittlere Höfe werden nicht stark genug unterstützt.

Statt pauschale, flächenbezogene Direktzahlungen in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) wollen wir konsequent Leistungen für Klima, Umwelt, Biodiversität, Gesundheit - und damit für das Gemeinwohl - entlohnen, denn der Erhalt und die Wiederherstellung gesunder Ökosysteme und das Einhalten des Klimawandels unterstützen die landwirtschaftlichen Betriebe. Wir setzen uns dafür ein, dass regionale Wertschöpfungsketten vom Bauernhof bis zum Teller und das Lebensmittelhandwerk

gestärkt werden. Darüber hinaus wollen wir lokale Netzwerke über Förderansätze wie LEADER weiter ausbauen.

Um die Klimaziele zu erreichen, braucht Europa eine echte Energieunion mit effizienter und nachhaltiger Energieversorgung, die die Potenziale und Kostenvorteile der Erneuerbaren Energien auf dem gesamten Kontinent nutzt und miteinander verbindet. Von der Sonnenenergie aus Südspanien über Biomasse in den Agrarregionen bis hin zum Wind über der Nordsee – wir werden in Europa die Erneuerbaren Energien, die Stromnetze und das Wasserstoffkernnetz ausbauen und vernetzen.

Frage 7: Europa verfügt über ein reiches städtebauliches und baukulturelles Erbe. Wie kann dessen Erhalt und Weiterentwicklung gesichert werden? Lassen sich klimabedingte Gebäudeanpassungen und Denkmalschutz vereinbaren?

Wir GRÜNE wollen Denkmäler und Klima schützen. Deshalb setzen wir uns für mehr Energieeffizienz für Gebäude ein. Die energetische Modernisierung historischer Gebäude ist aus Denkmalschutzgründen besonders schwierig. Neben dem kulturellen Wert nützt die Weiternutzung von Altbauten unseren Nachhaltigkeitszielen und pflegt das Bestehende für die folgenden Generationen.

Gebäude sind für 40 Prozent des EU-Energieverbrauchs und für 36 Prozent der CO₂-Emissionen in der EU verantwortlich. Wir GRÜNE haben uns auf EU-Ebene dafür stark gemacht, dass die Modernisierungsziele für Gebäude in energetisch schlechtem Zustand angehoben wurden. Auch die Bewohner*innen denkmalgeschützter Gebäude wollen schnell und günstig von der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern befreit werden. Darum braucht es spezielle Fördertöpfe und Hilfen für die denkmalgerechte Modernisierung. Eigentümer*innen müssen unterstützt und mögliche Käufer*innen mit Fördermitteln dazu ermutigt werden, in die adäquate Nutzung von Denkmälern zu investieren.

Frage 8: Erhalt und Ausbau der europäischen Aufgaben kosten Geld. Wo kann die EU sparen? Wo braucht es mehr Mittel? Und woher soll das Geld kommen – über die Mitgliedstaaten oder über eigene europäische Steuern?

Es gilt, im EU-Haushalt gezielt die Ausgabenposten zu stärken, die die Handlungsfähigkeit der EU in den entscheidenden Feldern der Zukunft verbessern, also dem klimaneutralen und gerechten Wohlstand dienen. Dafür müssen wir auch die derzeitigen Ausgaben im EU-Haushalt kritisch auf ihre Wirkung hin überprüfen. Wir wollen die nötigen Investitionen durch höhere Beiträge der Mitgliedstaaten und neue Eigenmittel der EU stemmen. Durch öffentliche Investitionen, die aus dem EU-Haushalt durch Umschichtungen entstehen, können zusätzliche private Investitionen angereizt werden.